

04.12.2018

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

**Das Rheinische Revier hat alle Chancen und verdient jede Unterstützung –
Strukturwandel mit den Akteuren vor Ort zum Erfolg bringen**

I. Ausgangslage

Das Rheinische Revier steht vor einer großen Transformation: Wo bislang Landschaft, Wertschöpfung und Arbeitsplätze vom Abbau und der Nutzung der Braunkohle geprägt sind, wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Neues entstehen. Dies ist eine große Herausforderung, birgt aber auch enorme Chancen für die Region. Diese Chancen zu heben, bedarf einer Kraftanstrengung aller Beteiligten – in der Region selbst, aber auch auf Landes- und Bundesebene durch flankierende Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen. Mit einer die Herausforderungen in den Blick nehmenden Haltung wird es gelingen, die Entwicklung nicht von Schicksalhaftigkeit, sondern von Gestaltungskraft leiten zu lassen. In diesem Sinne ist das Leitmotiv der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, das von einem „präventiven Strukturwandel“ und von einem „Strukturwandel in Echtzeit“ spricht, unterstützend mit Leben und Zuversicht zu füllen: Der Strukturwandel beginnt heute mit den Vorbereitungen für morgen und übermorgen, er kann mit den richtigen Weichenstellungen zu einem Erfolg geführt werden. Präventiver Strukturwandel ist eine kontinuierliche Gestaltungsaufgabe: Die NRW-Koalition und die Landesregierung werden diese Weichenstellungen auf Landesebene vornehmen und sich auf Bundesebene konsequent dafür einsetzen.

Im September dieses Jahres hat die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) Eckpunkte eines Wirtschafts- und Strukturprogramms „Das Rheinische Zukunftsrevier“ vorgelegt und damit einen ersten Anstoß für Projekte und Maßnahmen der Transformation des Reviers gegeben. Diese Eckpunkte gilt es, weiterzuentwickeln und in die Umsetzung zu bringen. Nicht das Land kann und darf – sozusagen „von oben herab“ – vorschreiben, was zu tun ist. Die Akteure vor Ort haben sich in vorbildlicher Kooperation selbst auf den Weg gemacht, weil sie selbst am besten wissen, was ihre Kommunen, ihre Region, ihre Unternehmen und ihre Bürgerinnen und Bürger für eine zukunftsfähige Entwicklung benötigen.

Datum des Originals: 04.12.2018/Ausgegeben: 04.12.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Nordrhein-Westfalen ist das Industrieland Nummer 1 – die industriellen Strukturen sind historisch mit den Energieversorgungsstrukturen gewachsen. Die energieintensive Industrie hat sich dort angesiedelt, wo Energie in großen Mengen umgewandelt wird. Das Rheinische Revier ist deshalb ein starker Standort der Energiewirtschaft und der Industrie. Unternehmen, die in besonderem Maße von qualitativ hochwertiger Strom- und Energieversorgung abhängig sind, sollen in Nordrhein-Westfalen weiterhin einen attraktiven Standort vorfinden, der international besonders wettbewerbsfähig ist. Die geschlossenen Wertschöpfungsketten, die ein typisches und erfolgstiftendes Standortelement sind, gilt es zu erhalten. Gerade als Industrieland Nummer 1 sind wir Treiber eines wirtschafts- und sozialverträglichen Klimaschutzes. Er muss aber im Verständnis einer verantwortungsvollen, umfassenden Nachhaltigkeit stattfinden.

Die Region hat alle Potenziale, den Strukturwandel zu gestalten. Sie kann vorhandene Stärken nutzen, auf denen neue Wertschöpfung aufbauen kann. Zu diesen Stärken gehören die exzellenten Wissenschaftsstandorte, viele innovative Unternehmen sowie vorhandene und auszubauende Netzwerkstrukturen. Die von der ZRR benannten Zukunftsfelder - Energie und Industrie, Raum und Infrastruktur, Innovation und Bildung sowie Ressourcen und Agrobusiness - und die darin benannten Ziele und Handlungsansätze sind die Grundlage, auf der nun der Weg in die Umsetzung gegangen werden muss.

1. Energie und Industrie: Das Rheinische Zukunftsrevier wird Energierevier bleiben, aber sich stärker als innovativer Standort für Anwendungen im Energiesystem der Zukunft profilieren. Es geht um eine stärkere Fokussierung auf Energieforschung, auf die Anwendung von Speichertechnologien im Strom- und Wärmesektor, die energiewirtschaftliche Folgenutzung von stillgelegten Kraftwerksblöcken bzw. Kraftwerksstandorten, Sektorenkopplung, den Ausbau erneuerbarer Energien, sowie ein neues, emissionsfreies Mobilitätssystem. In einem ersten Schritt sind Reallabore, Pilot- und Demonstrationsvorhaben zur Herausbildung eines Modellcharakters umzusetzen; in einem zweiten Schritt kann dann die industrielle Marktdurchdringung von ausgereiften Produkten und Anwendungen erfolgen. Gestützt wird dies durch die Stärkung der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft, auch durch den Aufbau neuer Institute, sowie den Aufbau neuer industrieller Kerne wie einem E-Automotive-Clusterv inklusive einer Batteriezellenproduktion. Das Energierevier der Zukunft bleibt aber auch Heimat für eine wettbewerbsfähige energieintensive Industrie. Dafür bedarf es – neben der Sicherstellung einer wirtschaftlichen, international wettbewerbsfähigen Energieversorgung - energieeffizienter Produktionsprozesse sowie des Hebens weiterer Innovationspotenziale. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat mit der Gründung der Plattform „In4climate.NRW“ bereits Strukturen der Wissensgenerierung und des -transfers geschaffen, die diese Prozesse unterstützen.
2. Raum und Infrastruktur: Präventiver Strukturwandel ist durch eine vorausschauende Raumentwicklung gekennzeichnet - einem integrierten Ansatz, der gleichzeitig der Wirtschafts-, Siedlungs-, Infrastruktur- und Freiraumentwicklung gerecht wird. Zum einen bedeutet dies eine intensivierete Infrastrukturbereitstellung auf allen Ebenen: eine auf die zukünftigen Bedarfe ausgerichtete Verkehrsinfrastruktur, Mobilfunk- und Breitbandausbau sowie die Errichtung einer 5G-Modellregion. Die zukunftsfähige Neuausrichtung des Rheinischen Reviers erfordert einen massiven Ausbau geeigneter Verkehrsinfrastrukturen, um den Raum zu erschließen und dessen Entwicklungspotenziale optimal an die großen Ballungszentren anzubinden. In diesem Zuge soll ein gesamtregionales Mobilitätskonzept entwickelt werden. Die ZRR plant eine internationale Bau- und Energieausstellung, die sowohl Orte der Zukunft präsentiert, als auch innovative Wohnstandorte mit Klimaschutzquartieren zusammendenkt. Zum anderen geht es darum, neue, real nutzbare Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung

- zu stellen. Ein Ansatz ist die entsprechende Erschließung von nicht mehr betriebsnotwendigen Flächen und Branchen der Energiewirtschaft.
3. Innovation und Bildung: Das Rheinische Revier ist eingebettet in einen dichten Hochschul- und Wissenschaftsraum mit vielen Forschungseinrichtungen. Durch Ausgründungen von Hochschulen, wie beispielsweise der Technischen Hochschule in Köln oder einem Fraunhofer Institut für die digitale Energiewende, kann die Durchdringung weiter gesteigert werden, was zu entsprechenden Innovations-Spill-over-Effekten auf Wirtschaft und Industrie führt. Die Region kann sich zu einem Innovations-Revier weiterentwickeln, das die exzellenten Voraussetzungen für eine neue Gründungskultur, die Chancen der Digitalisierung für regionale Wertschöpfung im Revier sowie die Potenziale für eine umfassende Aus- und Weiterbildungskultur nutzt.
 4. Ressourcen und Agrobusiness: Natürliche Ressourcen sollen in ein regionales Ressourcensystem eingebracht werden und auch in Zukunft Märkte erschließen. Es geht um den Aufbau von geschlossenen Stoffkreisläufen im Revier, um die Etablierung von neuen regionalen Wertschöpfungsketten und um die nachhaltige Carbon-Wertschöpfung, letztendlich um eine regionale Bioökonomie. Eine umfassende Betrachtung aller Lebensphasen von Produkten und Erzeugnissen kann zu mehr Ressourceneffizienz in einer modernen Kreislaufwirtschaft führen. Durch Initiativen wie „Agriculture 5.0“ oder „BioSC 2.0“ können Zukunftsoptionen in der Landwirtschaft und darüber hinaus für das Rheinische Revier geprüft und evaluiert werden, denn das Revier ist von Landwirtschaft geprägt. Mit Blick auf die Zukunft werden Automatisierung von Prozessen, Robotik und Sensorik die Arbeitsabläufe und Emissionen der Landwirtschaft verändern. Das Rheinische Revier kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Das gilt ebenso für den Bereich der Bioökonomie. Die Bioökonomie bietet große Chancen für einen ökonomisch, ökologisch sowie sozial nachhaltigen Strukturwandel im Rheinischen Revier. Ziel ist es, das Rheinische Revier von einer von der Nutzung fossiler Rohstoffe geprägten Region in ein „Bioökonomie Revier“ umzubauen, welches wesentlich von nachhaltigen Strukturen der Bodenbewirtschaftung, der Produktion sowie der Energiegewinnung geprägt ist. Neben bestehenden Strukturen in Industrie und Landwirtschaft ermöglichen insbesondere die vor Ort etablierten Forschungsinfrastrukturen, das Rheinische Revier zu einer Pilotregion der nachhaltigen Bioökonomie mit bundesweitem Beispielcharakter zu entwickeln.

Die übergeordneten Leitlinien für den Strukturwandel im Rheinischen Revier sind dabei handlungsleitend. Zentrale Ziele sind: Strukturbrüche vermeiden, Perspektiven für neue und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen, die Region als Zukunftsrevier aufstellen. Dazu müssen entsprechende Unterstützungsimpulse von Land und Bund kommen. Insbesondere der Bundesregierung kommt dabei die Verantwortung zu, die notwendige finanzielle Gestaltung des Strukturwandels zu übernehmen. Nach der Aufnahme der strukturpolitischen Analyse in den Zwischenbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ müssen für die Umsetzung der Maßnahmen und Projekte auch die entsprechenden Mittel vom Bund bereitgestellt werden. Die Voraussetzung für einen wie auch immer gearteten beschleunigten Kohleausstiegspfad ist gemäß dem Einsetzungsbeschluss der Kommission ein erfolgreich eingeleiteter Strukturwandel. Indem innovationstragende Entwicklungsprozesse in den Revieren initiiert werden und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden, können Strukturbrüche vermieden werden. Das Rheinische Revier hat sich in diesem Prozess bereits auf den Weg gemacht. Schon früh haben Tagebauumfeldinitiativen ihre Arbeit aufgenommen und können heute erste Erfolge vorweisen, die Eingang in den umfassenden Strategieprozess für ein Rheinisches Zukunftsrevier erhalten haben. Der präventive Strukturwandel wird sehr verantwortungsbewusst durch die Akteure in der Region angenommen und gestaltet; die Landesregierung unterstützt diese Anstrengungen konsequent.

Mit den vorgeschlagenen Änderungen am Landesentwicklungsplan (LEP) sowie dem bereits in Kraft getretenen Erlass zur Konkretisierung des LEP hat die Landesregierung auch für das Rheinische Revier relevante Weichenstellungen vorgenommen. Die verlängerten Planungszeiträume für Siedlungsflächen von bis zu 25 Jahren ermöglichen es den Kommunen, bedarfsgerecht Wohnbau- und Wirtschaftsflächen auszuweisen. Mit dem Grundsatz 5-4 „Strukturwandel in Kohleregionen“ sagt die Landesregierung zu, die Regionalräte Köln und Düsseldorf dabei zu unterstützen, den Kommunen des Rheinischen Reviers eine Sonderstellung bei der Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbegebiete zu ermöglichen. Der Mindestbedarf für landesbedeutsame Großvorhaben soll ferner auf 50 ha festgelegt werden, damit entsprechende Investitionen einfacher gewonnen werden können.

Die Perspektiven für das Rheinische Revier sind zudem von der Landesregierung in die Beratungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingebracht worden. Die Anliegen Nordrhein-Westfalens - ein Ausstiegspfad, der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung sowie die Berücksichtigung strukturpolitischer Fragen garantiert - sind dort platziert worden. Zusätzlich zu dem umfangreichen Wachstums- und Strukturprogramm für ein Rheinisches Zukunftsrevier wurde auch ein Starterprogramm durch die Landesregierung in die Beratungen der Strukturkommission eingespeist. Darin finden sich Projekte, die hinsichtlich ihrer Umsetzungsreife weit fortgeschritten oder von so entscheidender Bedeutung für den Strukturwandel sind, dass mit ihrer Vorbereitung zeitnah begonnen werden soll. Wichtig ist, dass nun aus der Vielzahl an Entwicklungsideen für das Rheinische Revier ein Strategiekonzept für das gesamte Revier erarbeitet wird und Prioritäten gesetzt werden. Die Landesregierung hat diesen Prozess erfolgreich kanalisiert.

Die Strukturkommission wird voraussichtlich im Februar 2019 Ergebnisse präsentieren. Für die NRW-Koalition ist entscheidend, dass ein politisch motivierter, beschleunigter Kohleausstiegspfad in geeigneter Weise konditioniert ist. Es bedarf nicht nur klar definierter energiewirtschaftlicher Gelingensbedingungen, um eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu garantieren. Ein vollzogener Netzausbau gehört ebenso dazu wie ein angemessenes Strompreisniveau. Es bedarf auch ausreichender Zeit und Evaluierungszeitpunkte, die diesen Prozess in seiner Realisierbarkeit überprüfen. Der nordrhein-westfälischen Landesregierung gebührt Dank, weil sie sich mit starker Stimme in Berlin für diese Bedingungen einsetzt.

Neben dem Ziel, Strukturbrüche zu vermeiden und den Blick nach vorne zu richten, gilt es auch, die historische Leistung der Region, ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten zu würdigen. Viele Menschen haben durch die Umsiedlungen ihre Heimat verlassen und andernorts neu beginnen müssen, viele leben am Rande der Tagebaue und müssen täglich große Strecken um den Tagebau herum überbrücken, um die früheren Nachbarn oder die Stadt zu erreichen. Ihnen allen gebührt Dank dafür; gleichzeitig sind gerade sie es, an die sich die zu schaffenden Perspektiven einer rekultivierten, wirtschaftlich starken und innovativen Region richten. Die Debatte um die Braunkohleverstromung darf zudem nicht dazu führen, die wirtschaftlichen Leistungen der Branche und angrenzender Industrien zu ignorieren oder kleinzureden. Die Braunkohle trägt heute zur Versorgungssicherheit bei, sie sichert zigtausende gutbezahlte Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten. Energiewirtschaft und Industrie eine bremsende und hemmende Rolle zu unterstellen, wie dies verschiedentlich suggeriert wird, geht nicht nur an der Realität vorbei und missachtet die Stärke des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen, sondern schadet dem Rheinischen Revier, ganz Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland. Auch sind solche Vorwürfe in hohem Maße unfair gegenüber den Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit zur Wertschöpfung in der Region beitragen und die neben der Verunsicherung, die aus Forderungen nach einem abrupten Ausstieg aus der Braunkohle resultiert, auch mit Geringschätzung und Beleidigungen zu kämpfen haben. Ihnen allen gilt nicht nur die versprochene Anstrengung, einen

sozialverträglichen Ausstiegspfad festzulegen, sondern auch die Option auf Arbeitsplätze in der Region sowie die Anerkennung und Solidarität der Politik.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

1. Die Akteure des Rheinischen Reviers haben sich in vorbildlicher Kooperation auf den Weg gemacht, die Transformation der Region zu gestalten. Das Land unterstützt sie dabei und nimmt die „von unten“ gewachsenen Projektideen als Grundlage. Die Akteure vor Ort wissen am besten um die notwendigen Maßnahmen und Projekte.
2. Die Anliegen Nordrhein-Westfalens sind von der Landesregierung in die Beratungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ eingebracht worden. Mit den prioritär umzusetzenden Projekten basierend auf dem Konzept „Das Rheinische Zukunftsrevier“ haben die Region und die Landesregierung die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen. Für die entsprechenden Maßnahmen und Projekte muss der Bund auskömmliche Mittel bereitstellen, um den Transformationsprozess langfristig zu unterstützen.
3. Mit den vorgeschlagenen Änderungen am Landesentwicklungsplan (LEP) sowie dem bereits in Kraft getretenen Erlass zur Konkretisierung des LEP hat die Landesregierung bereits wichtige Weichenstellungen für eine bedarfsgerechte und flexiblere Flächenausweisung und -entwicklung vorgenommen.
4. Die Leistungen der Region, der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten sind zu würdigen. Ihnen gebührt Dank und eine verlässliche Perspektive einer rekultivierten, wirtschaftlich starken und innovativen Region sowie eines sozialverträglichen Ausstiegs aus der Braunkohlenutzung.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- auf der Basis der Eckpunkte für ein Wirtschafts- und Strukturprogramm der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) die Akteure vor Ort bei der Umsetzung der Maßnahmen und Projekte weiterhin zu unterstützen.
- sich gegenüber der Bundesregierung fortgesetzt für die Bereitstellung auskömmlicher Mittel einzusetzen, um den Strukturwandel im Rheinischen Revier langfristig und zukunftsorientiert abzusichern.
- bereits vor Inkrafttreten des geänderten LEP die Regionalräte Köln und Düsseldorf bei Fragen der Flächenausweisung und -entwicklung zu unterstützen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Rainer Deppe
Henning Rehbaum
Dr. Patrica Peill

Christof Rasche
Henning Höne
Ralph Bombis
Dietmar Brockes
Jörn Freynick

und Fraktion

und Fraktion